

Kassenärztliche Vereinigung Berlin ◦ Masurenallee 6A ◦ 14057 Berlin

An das  
Bundesministerium für Gesundheit  
Bundesminister  
**Prof. Dr. Karl Lauterbach**  
Friedrichstraße 108

10117 Berlin

05.07.2022

## Offener Brief zum Entwurf des GKV-Finanzierungsgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Lauterbach,

wissend, dass wir pandemiebedingt in schwierigen Zeiten leben, die die Gesundheitsversorgung der Menschen in unserem Land vor immer größere Herausforderungen stellen, möchte ich Sie heute aufrütteln. In Ihrem Entwurf zum GKV-Finanzierungsgesetz haben Sie festgeschrieben, die TSVG-Neu-Patient:innen-Regelung abzuschaffen. Das heißt, Sie wollen den Praxen nicht nur eine Nullrunde zumuten – nein, noch viel schlimmer – Sie wollen uns ambulant tätigen Ärzt:innen und Psychologischen Psychotherapeut:innen sowie den Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen das extrabudgetäre Honorar für die TSVG-Neu-Patient:innen streichen.

Was kommt als Nächstes? Werden Sie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entbudgetierung der Leistungen der hausärztlichen Versorgung auch streichen und dann – folgerichtig – auch die HZV-Verträge?

Das Finanzierungsproblem der Gesetzlichen Krankenkassen in dieser Weise auf die ambulante Versorgung abzuschieben, ist nicht nur kurzfristig, sondern wird dazu führen, dass die Gesundheitsversorgung in Deutschland auf Dauer nicht mehr sichergestellt sein wird. Zu Ihrer Information an dieser Stelle einige Fakten, die das bedingen würden:

- Der **Ärzt:innen-Mangel** wird sich sowohl im hausärztlichen als auch im fachärztlichen Versorgungsbereich **verschärfen**, weil Kolleg:innen, die jetzt noch in ihren Praxen die Versorgung aufrecht halten, ihre Praxen aufgeben und vorzeitig bzw. früher als beabsichtigt in den Ruhestand gehen werden. Nachfolger:innen werden sich unter diesen Umständen nicht finden.
- Die **angestellten Mitarbeiter:innen** sowohl ärztlich als auch auf Seiten der Medizinischen Fachangestellten werden für Praxen und auch für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) **nicht mehr bezahlbar** sein.
- **Investitionen** in moderne Geräte sowie in mehr und besser bezahltes Personal werden **nicht mehr möglich** sein. Die Praxen, die aufgrund der Entbudgetierung bereits investiert und Mitarbeitende eingestellt haben, werden in **finanzielle Schwierigkeiten** geraten, was ein weiteres „Praxissterben“ zur Folge hätte.

Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie glauben, dass die hausärztliche Versorgung in Zukunft durch Krankenhaus- oder regionale oder gar Inverstoren-MVZ zu bewältigen sein wird, dann täuschen Sie sich. Es sind die inhabergeführten Praxen und MVZ, die die ambulante Versorgung aufrechterhalten.

Und wenn Sie der Meinung sind, dass die ambulante fachärztliche Versorgung durch den stationären Bereich abgedeckt werden kann, dann irren Sie auch hier! In den Kliniken gibt es weder die Ärzt:innen noch das Know-how für die ambulante Tätigkeit. Da wird es auch nicht helfen, dass Sie den Kliniken Inflationshilfen zugesagt haben. Wo bleiben die eigentlich für die ambulante Versorgung?

Das Fass ist jetzt schon übergelaufen!

- Sie haben uns im Namen der Digitalisierung die TI zugemutet.
- Wir sind gezwungen, im Eiltempo die Digitalisierung umzusetzen.
- Wir sollen nach viel zu kurzer Laufzeit die Konnektoren ersetzen und verwenden.
- Die eAU nützt einzig den Krankenkassen – uns macht sie mehr Arbeit und Kosten!
- Apotheker werden für Beratungsleistungen, für die deren Qualifizierung zumindest fraglich ist, mit einem Vielfachen der ärztlichen Honorare vergütet.

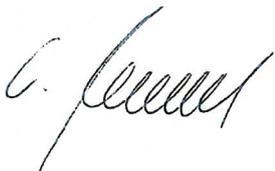
Und jetzt wollen Sie den Praxen die extrabudgetäre Vergütung für die Neupatient:innen streichen. Dagegen werden wir uns wehren!

- Wir werden unsere Praxen schließen, wenn unser Budget ausgeschöpft ist!
- Wir werden keine neuen Patient:innen mehr annehmen!
- Wir werden keine unterbezahlten Beratungsleistungen mehr durchführen!
- Und wir werden unsere Patient:innen in unseren Wartzimmern darüber informieren!

Wir fordern Sie auf:

- Entweder teilen Sie den Bürger:innen mit, dass sich die ambulante medizinische Versorgung in kürzester Zeit massiv verschlechtern wird.
- Oder Sie sorgen dafür, dass die Entbudgetierung der ärztlichen und psychotherapeutischen Leistungen voranschreitet und nehmen Ihre Versprechungen nicht zurück!
- Erkennen Sie endlich unsere Leistungen und den Wert sowie die Bedeutung der ambulanten medizinischen Versorgung in unserem Land an.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christiane Wessel